

Pressemitteilung zum Antrag für eine Bürgerversammlung zum geplanten Ausbau der Mobilfunk-Infrastruktur mit der 5G-Technologie

Demokratie leben – Forderung eines offenen Bürgerdialoges zum Thema 5G in Bad Feilnbach – Unterschriftenaktion ab 10.12.20

Der 5G-Ausbau wird in letzter Zeit massiv vorangetrieben und steht nun in der Gemeinde Bad Feilnbach auf der Tagesordnung. Wir, die Bürgerinitiative „Gesundheit vor 5G – Initiative Bad Feilnbach“ und mit uns viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind beunruhigt, weil dieser neue Mobilfunkstandard ohne Prüfung der Gesundheitsverträglichkeit und ohne Technikfolgenabschätzung eingeführt werden soll. Viele europäische Städte und Regionen haben es abgelehnt, als Modellregionen für 5G zu dienen, weil sie ihre Bevölkerung nicht einem gesundheitlich ungeprüften Großversuch aussetzen wollten. Und in Deutschland soll dies möglich sein, weil unsere Grenzwerte nur die Wärmewirkung der Strahlung berücksichtigen, aber nicht die vielfach beobachteten biologischen Wirkungen der Strahlung?

Am heutigen Donnerstag, dem 10.12.2020 startet unsere Unterschriftenaktion, mit der eine außerordentliche Bürgerversammlung einberufen werden soll. Dazu brauchen wir in Bad Feilnbach weniger als 400 Unterschriften von den Bad Feilnbacher Bürgerinnen und Bürgern. Mit dieser Bürgerversammlung soll eine ausgewogene Information zum Thema Mobilfunk und 5G erreicht werden, damit alle wissen, was auf uns zukommen kann. In dieser Bürgerversammlung soll eine Resolution bzw. ein Antrag verabschiedet werden, der im Gemeinderat behandelt und abgestimmt werden soll. Dieser Antrag enthält konkrete Forderungen und Maßnahmen, wie sich die Gemeinde Bad Feilnbach in Verhandlungen mit den Mobilfunkbetreibern verhalten soll, wenn es um neue Sendemasten und die Einführung von 5G geht.

Wir weisen darauf hin, dass bis zur Entscheidung des Gemeinderats über die in dieser Bürgerversammlung verabschiedete Resolution keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden sollten, um den Willen der Bürger und die Entscheidungshoheit des Gemeinderats nicht zu unterlaufen. Es darf nicht sein, dass die Verwaltung und die Mobilfunkbetreiber die Corona-Pandemie ausnutzen, um Abmachungen/Verträge zu schließen, ohne dass die Zivilgesellschaft Einfluss nehmen kann. Dies würde das Vertrauen der Menschen in eine funktionierende Demokratie auf kommunaler Ebene massiv beeinträchtigen.